222

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostsachsen

Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschafter, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: „Arbeiterstimme". Dresden-A. 1 / Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Postscheckkonto Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr.: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: „Arbeiterstimme" Dresden / Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., für die Reklamezeile anschließend an den dreigespaltenen Textteil teil 1,25 RM. Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2 / Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang — Dresden, Mittwoch den 10. März 1926 — Nummer 58

Das Massenaufgebot für das Volksbegehren

Die Einzeichnungen für das Volksbegehren haben im ganzen Reiche in den letzten Tagen eine ungeheure Steigerung erfahren. Aus allen Teilen Deutschlands wird berichtet, daß der Kampf um die entschädigungslose Enteignung der Fürsten zu einer wirklichen gewaltigen Volksbewegung geworden ist, die alle Bevölkerungsschichten mit sich reißt. Genaue Ergebnisse lassen sich jedoch noch nicht angeben, da ein großer Teil der Gemeinden und Städte sich weigert, Angaben über die bisherige Zahl der Eintragungen zu geben. Nach den heute morgen vorliegenden Einzelmeldungen schnellt die Beteiligung an den Eintragungen am Dienstag dem Ergebnis vom Montag gegenüber. In Berlin dürfte mit dem gestrigen Tage die erste halbe Million um ein beträchtliches überschritten worden sein. Auch wird eine steigende starke Beteiligung gemeldet. Uns liegen heute morgen folgende Sonderergebnisse vor:

Hamburg. Im Laufe des Montag wurden 22 800 neue Eintragungen gemacht. Die Gesamtzahl für Hamburg-Stadt betrug somit am Montag abend 84 000. In Altona wurden am Montag 4784 Stimmen abgegeben, insgesamt 16 400. In Wandsbek wurden 2500 neue Stimmen abgegeben. Damit hat die Beteiligung das erste Hunderttausend überschritten. Ueberall in der Stadt, vor allem aber in den Vororten, macht sich eine starke Agitation der Deutschnationalen bemerkbar, die mit den verschiedensten Mitteln die Erfolge des Volksbegehrens zu sabotieren versuchen. Die Deutschnationalen gehen als Kommunisten in Wohnungen und sammeln dort auf irgendwelchen Listen Unterschriften für das Volksbegehren mit der Erklärung, daß dadurch die Eintragung im Wahllokal überflüssig würde.

Berlin. Bis Montag abend wurden etwa 20 000 Stimmen eingetragen.

Jena. Die gute Wahlbeteiligung in Thüringen hält an. In Jena wurden am Montag 2977 Stimmen abgegeben (insgesamt 3977). Bis Montag abend zählte Jena 6257 Stimmen, Montag 708 Stimmen, Suhl 1600 Stimmen. In Zella-Mehlis sind bis zum 6000 Wahlberechtigten 3200 eingetragen. Auf Grund einer Meldung des reaktionären „Thüringer Allgemeinen Anzeigers" haben einzelne Gemeindevorsteher die Eintragungslokale geschlossen, da das Volksbegehren durch die Annahme des Gesetzentwurfes überflüssig geworden sei.

Essen. Auch im Ruhrgebiet ist die Wahlbeteiligung in den letzten Tagen außerordentlich stark gewesen. In Essen stimmten 28 000, in Dortmund 26 000, in Gelsenkirchen 11 000, in Duisburg 16 000, in Bottrop 11 000 mehr als die letzte Wahlziffer der SPD. und KPD. zusammen.

Magdeburg. Die am Freitag, Sonnabend und Sonntag vom Einheitskomitee durchgeführte Demonstration hat einen vollen Erfolg gehabt. Während bis Sonnabend nur 3000 Stimmen abgegeben wurden, stieg die Zahl am Sonntag auf über 7000, am Montag sogar auf 18 244. Leipzig. Hier wurden bis Montag insgesamt 45 000 Stimmen abgegeben. Chemnitz. Am Montag wurden 12 001 neue Stimmen abgegeben, so daß sich die Gesamtzahl auf 42 741 erhöht hat.

In Berlin zeichneten sich am Montag 129 508 Stimmberechtigte ein. Bisher ist das Resultat einschließlich der Einzeichnungen von Montag für Berlin allein 436 508. Der Andrang zu den Eintragungsstellen war auch am Dienstag wieder sehr groß.

Aus Breslau wird gemeldet daß die Zahl der Eintragungen für das Volksbegehren am Montag eine weitere Steigerung gegenüber Sonntag erfahren hat. Montag trugen sich in Breslau über 10 000 Wahlberechtigte gegen 8000 am Sonntag ein.

Eine vom Kölner Wahlamt gestern abend vorgenommene Zählung ergab, daß sich bisher 39 000 Stimmberechtigte eingetragen haben. Wichtig ist die Tatsache, daß auffallend viele frühere Nichtwähler und Angehörige der Zentrumspartei sich in die Listen eintragen.

Eine gutbesuchte Versammlung des katholischen Arbeitervereins Köln-Kalk beschloß einstimmig, den Vorschlag der Zentrumsfraktion abzulehnen und sich in die Listen für das Volksbegehren einzutragen.

Haussuchungen nach „Keinen Pfennig den Fürsten"

Heute vormittag unternahm die Dresdner Kriminalpolizei in der Parteibuchhandlung eine Haussuchung nach der neuerdings verbotenen Broschüre „Keinen Pfennig den Fürsten". Die Haussuchung war ergebnislos. Die Polizei mußte mit leeren Händen abziehen.

Wie deutsche Fürsten ihre Landeskinder verkauften

Unsere diversen deutschen „Landesväter" verstanden von jeher das Geschäftemachen aus dem ff. So wie heute die ganze Bagage drei Milliarden verlangt, so münzten ihre Vorfahren aus Menschenfleisch und Menschenblut gutes Gold. Im 18. Jahrhundert verkauften die verschiedensten Fürsten ihre „Landeskinder" regimenterweise an die Engländer, Spanier und Franzosen für die verschiedensten Kriege, die diese Länder führten. Daran beteiligten sich sowohl die Hessen, die Braunschweiger, die Preußen wie eine Reihe anderer gekrönter Häupter. Es fehlen in der Liste die Bayern und die Württemberger, aber nur deshalb, weil ihre Angebote an Kanonenfutter von dem Hauptabnehmer, England, nicht beachtet wurden. An ihnen hat es also nicht gelegen.

Der Menschenhandel gelangte zu seiner vollsten Blüte, nachdem am 18. April 1775 bei Lexington Green die ersten Schüsse zwischen Engländern und den amerikanischen „Rebellen" gewechselt worden waren. Die englische Truppenmacht von insgesamt etwa 15 000 Mann in sämtlichen amerikanischen Provinzen mußte, wenn England Aussicht haben wollte, den Aufstand niederzuschlagen, verdoppelt, wenn nicht verdreifacht werden. Die Frage, woher diese Truppen nehmen, war nicht so einfach gelöst. In England war der Kampf gegen die Amerikaner von Anfang an so unpopulär, daß die dortige Regierung nicht daran denken konnte, Engländer nach Amerika zu schicken. Mit Indianern wollte man ihrer Unzuverlässigkeit wegen nichts zu tun haben. Da mußte man notgedrungen auf dem Kontinent nach Hilfstruppen ausschauen. Rußland wie die Niederlande hatten Englands Anfrage kurz und energisch abgelehnt, da blieb nichts anderes übrig, als sich in Deutschland mit Menschenware zu versorgen. England war unterrichtet, daß Hessen-Kassel, Hessen-Darmstadt, Württemberg, Koburg-Gotha und Waldeck Truppen abgeben konnten und wollten. Oberst William Faucitt, der den 7jährigen Krieg in Deutschland mitgemacht hatte, wurde als Bevollmächtigter von England zu diesen Fürsten geschickt. Nun hob ein Feilschen um Menschenleben an, das schmachvoller nicht gedacht werden kann.

Der erste, mit dem Faucitt unterhandelte, war Herzog Karl I. von Braunschweig. Dieser vorbildliche Herrscher eines Ländchens mit rund 150 000 Einwohnern hatte sein Volk durch Leichtsinn und Verschwendungssucht fast völlig ruiniert.

Während dieser Edelste der Edlen seinen Theaterdirektor Nicolini, einen ungebildeten italienischen Abenteurer, für seine Kuppeldienste mit einem Gehalt von 30 000 Talern jährlich entlohnte, lernte Gotthold Ephraim Lessing in Wolfenbüttel bei 300 Talern jährlich „lieber hungern als niederträchtig sein". Der Herzog war so verlottert, daß sein Sohn ihm die Zügel aus der Hand nehmen mußte, um die Finanzen wenigstens einigermaßen zu ordnen und den noch in seiner Werbelüstigkeit unerfahrenen Faucitt ordentlich hochzunehmen. Er stellte sich so lange schwierig, bis er Faucitt da hatte, wo er ihn haben wollte, erzielte dann auch einen glänzenden Subsidienvertrag, nämlich so lange die braunschweigischen Truppen im englischen Sold stünden, eine Entschädigung von 11 518 Pfund. Nach ihrer Rückkehr in die Heimat aber für zwei weitere Jahre die doppelte Summe. Der Herzog und sein Sohn, der Thronfolger, rieben sich vergnügt die Hände. Bestanden doch fast die Hälfte der gelieferten 4300 Mann „aus lauter frischen Rekruten, die nicht allein zu klein, sondern auch schlecht gewachsen und teilweise zu jung" waren, wie Faucitt nach England klagte. Dabei kamen sie „alle ohne Mäntel ganz zerlumpt und zerrissen in Portmouth an". Dafür waren die schönen und kostspieligen Mätressen des Fürsten und die seines Sohnes desto nobler angezogen.

Es darf nicht vergessen werden, einen Punkt in dem englisch-braunschweigischen Subsidienvertrag besonders zu unterstreichen. Der Herzog bedang sich nämlich ausdrücklich aus, daß seine Truppen gesund und vollzählig zurückkehren; sollte dies nicht der Fall sein, so hatte er für jeden Toten dreißig Kronen Banko (die Bankokrone galt beinahe fünf Goldmark) zu erhalten. Drei Verwundete rechneten für einen Toten! Kann man die Fürsorge für seine Landeskinder weiter treiben?

Von Braunschweig eilte Faucitt nach Kassel, seit dem 17. Jahrhundert der Sitz großzügiger Sklavenhalter und -händler. Machte sich doch zum Beispiel Wilhelm VIII. kein Gewissen daraus, im Erbfolgekrieg beide kämpfenden Mächte mit Hessen zu versehen, so daß Hessen gegen Hessen im Felde standen — zum Besten des landesväterlichen Privatschatzes. Landgraf Friedrich II. (1760—1785), der Nachfolger Wilhelms VIII., war ein gar kluger Mann, der wie Schlosser sagt „die stille Klage und das verborgene Weinen im Lande durch lautes Zeitungsgeschrei von Kunst und Wissenschaft ersticken ließ." — Dazu gehörte natürlich, daß sein Kassel mehr einer französischen Provinzstadt als einer deutschen Residenz glich.

Trotz riesiger Ausgaben, erhielt doch seine Haupt-Mätresse, eine von dem Herzog von Bouillon abgedankte Französin, allein 2000 Taler Gold Reisegeld und jährlich 10 000 Taler Gold Gehalt — hinterließ dieser treusorgende Vater von über hundert unehelichen Kindern bei seinem Tode nahe an 60 Millionen Taler, dank den Erträgnissen des Lottos und des Soldatenhandels.

Im Jahre 1762 teilte er sein Land in Bezirke, von denen jeder eine bestimmte Anzahl Rekruten liefern mußte. Wenn Eltern um ihre eingezogenen Söhne klagten, kam der Vater mit Ketten beladen in Zwangsarbeit, die Mutter ins Zuchthaus. Der eingefangene Deserteur mußte Spießruten laufen, oft bis zum Tode. Während des 7jährigen Krieges gab es in Hessen fast gar keine junge Leute mehr. Als die Knaben wieder herangewachsen waren, mußten sie, der zwanzigste Teil der ganzen Bevölkerung, [illegible]

Das Genfer Völkerbundstheater

Die Tagung des Völkerbundes in Genf zeigt der Arbeiterklasse klarer und deutlicher wie bisher, welche Zwecke diese löbliche Versammlung verfolgt. Wollte man einen wirklichen „Völkerbund", dann müßte man alle aufnehmen, die sich beitreten wollen. Aber jetzt ist in Genf große Rauferei. Die beiden größten Mächte, England und Frankreich, ringen um den maßgebenden Einfluß. Der Völkerbund wird damit — nicht zum Mittel für die die Vorgänge beobachtenden Arbeiter — ein Mittel zur Verfolgung imperialistischer Pläne enthüllt.

Die Reporter wissen von den Intrigen und Schiebungen nicht allzuviel mitzuteilen. Sie berichten deswegen vom Wetter. Der Berichterstatter des „Dresdner Anzeigers" schreibt vom „herrlichen Frühlingswetter", von „sonndurchwärmten heißen Tagen" und von „strahlenden Mont Blanc" und „blauem geheimnisvollem See". Ja, dieses Diplomatenwetter! Etwas Wind muß auch dabei zu sein. Wenn man seinen Lesern nichts Politisches zu sagen weiß, muß das Wetter herhalten. So war es auch in Locarno. Im übrigen gehen die Verhandlungen nicht so glatt. Frankreich ist nicht gewillt, seinen Einfluß einfach aufzugeben, und verlangt ein Gegengewicht gegen die deutsche Stimme, die bekanntlich eine Stimme für England ist. In der Kommission, die sich mit der Aufnahme Deutschlands zu beschäftigen hatte, kam es zu einem Krach. Welcher Art die Differenzen waren, verschweigt die Höflichkeit der Diplomaten, so daß selbst der „Dresdner Anzeiger" heute in seinem Leitartikel von einer dunklen Diplomatie spricht. „Nie — heißt es dort — nach Abschaffung der Geheimdiplomatie ist die Diplomatie der Kabinette so dunkel gewesen." Chamberlain rettete im Hauptausschuß die Situation damit, daß er einen Unterausschuß beauftragte, der sich mit der Aufnahme Deutschlands beschäftigen sollte. Aber auch dieser kam mit seiner Sitzung nicht weit, ein Teil der Teilnehmer verlangte einen deutschen Vertreter zu hören. So wurde auch diese Dunkelkammer vertagt.

Der Kampf geht immer noch um die Aufnahme des polnischen Delegierten. Die Engländer schlagen mit den Schweden einen spanischen Vertreter vor. Die englischen Kapitalisten verbergen mit diesem Vorschlag die Hoffnung, in der Marokkofrage Spanien gegen Frankreich auszuspielen. Inzwischen verhandelt Chamberlain mit Luther, worüber, auch das bleibt Geheimnis der Diplomaten.

Das Publikum wird mit den Mitteilungen über die gemeinsame Besache gefüttert, erhält Nachrichten von Spaziergängen und Zusammenkünften in geheimnisvoller Aufmachung. Dafür dürfen die deutschen Arbeiter sich für den Völkerbund begeistern. Ob sie dieses Theater noch lange mitmachen? Wer könnte das sagen — sie brauchen lange, um zu begreifen. Da man mit den Schiebungen hinter den Kulissen noch nicht zu Ende ist, läßt man verkünden, daß in den nächsten Tagen noch keine Plenarsitzungen stattfinden werden.

Eine Parodie auf die angeblichen „Friedenstagungen" sind die jetzt gerade wieder aufbrennenden Kämpfe in Marokko und Syrien. In Rom tagte vor einigen Tagen die Mandatskommission des Völkerbundes. Der Vertreter Frankreichs gab dort die „Friedensziele" bekannt; Syrien wurde nicht zugelassen, die Franzosen aber brüsten sich mit einem noch wüsteren Bombardement auf Damaskus. Das ist die wirkliche Note. England möchte Frieden in Europa, das heißt ohne Rußland, denn gegen Rußland will man Krieg. Dann aber in China, auch hier ist Verschärfung der Kriegslage. Der wahre Sinn jener Tagung in Genf ist also, Rauferei um die Vorherrschaft in Europa, Verschiebung kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen England und Frankreich, um in den Kolonien ungestört rauben, brennen und sengen zu können, um gegen Rußland zu rüsten. Deswegen dürfen die deutschen Arbeiter über die Spaziergänge der Diplomaten lesen!

Arbeitskalender

für die Durchführung des Volksbegehrens

1. Vor jedem Eintragungslokal müssen ständig zwei Genossen zur Kontrolle, Auskunft und Agitation stehen.
2. Jeder Genosse, jeder Sympathisierende muß sich täglich sofort nach Arbeitsschluß (Erwerbslose schon vormittags) im Agitationslokal zur Agitationsarbeit melden.
3. Jedes Agitationslokal muß nach außen deutlich kenntbar sein Transparent: „Keinen Pfennig den Fürsten!", rote Fahnen, im Schaufenster Plakat: „Hier Agitationslokal der Kommunisten!" aushängen.
4. In jedem Geschäft muß das Plakat „Bekanntmachung zum Volksbegehren", sowohl im Laden als auch in den Schaufenstern, ausgehängt werden.
5. Am Sonntag muß jeder Genosse, jeder Sympathisierende zur Landagitation.

Zentralkomitee der KPD.

SLUB
Wir führen Wissen.